



---

## Kleinbauern-Vereinigung

Medienmitteilung der Kleinbauern-Vereinigung, 16. Dezember 2011

Ergebnis der Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014-2017

### **Bundesrat will Benachteiligung der Kleinbetriebe durch die Hintertür**

**Das Vernehmlassungsergebnis bestätigt: Kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe sind eine Bereicherung. Eine Benachteiligung dieser Betriebe bei den Direktzahlungen stösst auf breite Ablehnung. Als logische Konsequenz verzichtet der Bundesrat nun auf eine Erhöhung der Untergrenze nach Standardarbeitskraft (SAK) für Direktzahlungen im Tal- und Hügelgebiet. Für Kleinbetriebe gibt es jedoch noch keine Entwarnung. An der Anpassung der SAK-Faktoren wird festgehalten. Faktisch soll die Untergrenze damit trotzdem erhöht werden.**

Die Antworten zur Vernehmlassung Agrarpolitik 2014-17 zeigen, dass eine Benachteiligung der kleinen und mittleren Betriebe durch eine Erhöhung der SAK-Untergrenze für Direktzahlungen nicht akzeptiert wird. Die Kleinbauern-Vereinigung ist über den Entscheid des Bundesrates auf eine Erhöhung der SAK-Untergrenze für Direktzahlungen zu verzichten, erleichtert. Mit der Anpassung der Faktoren zur Berechnung der Standardarbeitskraft ist jedoch eine Anhebung der Untergrenze für alle Betriebe (inklusive Berggebiet) durch die Hintertür geplant. Dieser Entscheid des Bundesrats ist für die Kleinbauern-Vereinigung nicht nachvollziehbar und erhöht die Intransparenz in der Agrarpolitik.

#### **Mehr Transparenz mit Bagatellgrenze für Direktzahlungen**

Anstatt der komplizierten und intransparenten Untergrenze, gemessen an der Standardarbeitskraft SAK, fordert die Kleinbauern-Vereinigung eine Bagatellgrenze. Direktzahlungsbeiträge sollen nur noch ausbezahlt werden, wenn diese höher sind als der durchschnittliche bürokratische Aufwand. Eine solche Untergrenze in der Höhe von ca. 2000 Franken führt zu mehr Transparenz, der Vermeidung von Bagatellzahlungen und damit zu einer Vereinfachung des Systems.

#### **Abschaffung der Obergrenzen für Direktzahlungen gefährdet Akzeptanz in der Bevölkerung**

Die heute bestehenden Obergrenzen nach Vermögen und Einkommen sollen im Gegensatz zu den SAK-Untergrenzen nur noch bei den Übergangsbeiträgen angewendet und die Abstufung nach Fläche und Tierzahl sogar ganz abgeschafft werden. Die Kleinbauern-Vereinigung hält diesen Schritt für sehr gefährlich, da die Obergrenzen zentral für die Akzeptanz der Direktzahlungen bei den Bürgerinnen und Bürgern sind.

#### **Kleine und mittlere Betriebe tragen zur Zielerreichung bei**

Die Kleinbauern-Vereinigung begrüsst die Grundanliegen der neuen Agrarpolitik, insbesondere die bessere Ausrichtung auf die Verfassungsziele und den Ausbau der Qualitätsstrategie. Zur naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft, wie sie in der Bundesverfassung festgeschrieben steht, tragen jedoch gerade die kleinen und mittleren Bauernbetriebe einen wesentlichen Beitrag bei.